

Festrede
aus Anlass der Preisverleihung zum
Wettbewerb „Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“

„Geburtstagsgeschenke für das Grundgesetz
Journalisten als Demokratiewerker“

von Prof. Dr. Heribert Prantl

am 11. Juni 2019
im Schauspielhaus des Theaters Magdeburg

(es gilt das gesprochene Wort)

Mit freundlicher Genehmigung durch Herrn Prof. Dr. Heribert Prantl
veröffentlicht durch das Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Domplatz 2-4, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 567-6234, -6230, -6235, Telefax: 0391 567-6187
E-Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de, Internet: www.mj.sachsen-anhalt.de

Festakt zur Verleihung des Journalistenpreises

„Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“

Preisverleihung am 11. Juni 2019 im Schauspielhaus Magdeburg

Es gilt das gesprochene Wort!

Geburtstagsgeschenke für das Grundgesetz

Journalisten als Demokratiewerker

Von Heribert Prantl

Der populistische Extremismus ist keine deutsche Spezialität. In Sachsen-Anhalt ist er in Wahlen sehr erfolgreich, aber anderswo in Europa ist er noch viel erfolgreicher. Man könnte sich also damit beruhigen, dass Sachsen-Anhalt und Deutschland nachvollziehen, was in den anderen europäischen Staaten gang und gäbe ist: dass populistische Extremisten im Parlament sitzen und sogar regieren, wie in Ungarn, Polen und bis vor kurzem in Österreich. In Dänemark, in Finnland, Norwegen, den Niederlanden oder in Frankreich sind solche Parteien bei den Wahlergebnissen schon lange mit an den vordersten Plätzen - vereint im „Nein“ zu Europa, zum Islam, zur offenen Gesellschaft. Sie haben Anziehungskraft für Wähler, die mit Globalisierung und Moderne nicht zurechtkommen.

Doch der Hinweis auf den populistischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus anderswo taugt nicht zur Beschönigung der Situation hierzulande. Deutschland ist in der Situation des Alkoholikers. Wenn der wieder trinkt, wird es gefährlich.

Früher, als der Ostblock und der Kommunismus noch existierten, gab es in der alten Bundesrepublik zweimal im Jahr einen Testlauf aller Sirenen. „Probealarm“ hieß das. Hunderttausende Sirenen heulten auf den Dächern von Schul- und Rathäusern. Das diente der Vorbereitung auf Angriff und Ernstfall; ich erinnere mich gut daran; man saß in der Schule und überspielte sein Unbehagen durch Feixereien. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde das Sirenennetz abgebaut. Seit 1992 heult nichts mehr. Es gibt jetzt aber neue Gefahren; die kommen aus dem Inneren der Gesellschaft. Nun muss man selber heulen – aber es nicht dabei belassen. Heulen ändert nichts.

Vor Jahrzehnten, als die NPD noch in der alten BRD Wahlerfolge hatte, klebten an den Unis Aufkleber mit dem Satz „Neonazis rüsten fleißig für ein neues 33“. Der Reim ist zu billig, um damit heute viel auszurichten. Die Auseinandersetzung muss heute fantasievoller und energischer sein. Da ist auch politische Bildung gefragt. Politische

Bildung versetzt einen in der Lage, radikal höflich gegen den populistischen Extremismus zu argumentieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Die Historiker Etienne Françoise und Hagen Schulze haben ein beliebtes dreibändiges Werk herausgegeben, das „Deutschlands Erinnerungsorte“ heißt. Man findet darin die Paulskirche und Reichstag, die Wartburg und das Bauhaus, das Bürgerliche Gesetzbuch und den Volkswagen, den Schrebergarten, den Führerbunker und Neuschwanstein. Rostock-Lichtenhagen findet man darin nicht. Rostock-Lichtenhagen ist ein Erinnerungsort besonderer Art, weil er nicht nur für Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart steht. Der Ort erinnert an ein anhaltendes Versagen deutscher Politik.

Rostock-Lichtenhagen steht zum einen für die schwersten rassistischen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegszeit. Vor bald 27 Jahren randalierten dort fünf Nächte lang Hunderte Neonazis vor einem Ausländerheim, ohne dass die Polizei eingriff; im Gegenteil, als das Haus angezündet wurde, zog die Polizei ab, unter dem Beifall der begeisterten Zuschauermenge. Rostock-Lichtenhagen steht daher auch für eine Politik des Wegschauens und

Wegduckens, für eine Politik, die Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Neonazismus nicht ernst nimmt. Rostock-Lichtenhagen war und ist schließlich ein Exempel dafür, wohin es führt, wenn demokratische Parteien das Vokabular und die Themen der Rechtsextremisten übernehmen, um ihnen angeblich so das Wasser abzugraben.

Die frühen Neunzigerjahre, von denen ich gerade rede, waren die Jahre einer hysterischen Debatte über das Asylgrundrecht, das damals noch kurz, stolz und bündig so im Grundgesetz stand: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Seit 1989, seit der deutschen Einheit, waren die politischen Angriffe auf dieses Asylrecht immer massiver geworden. Zugleich nahmen die Gewalttaten zu.

Als die Rechtsaußen-Partei „Die Republikaner“ 1989 in Berlin – diese Republikaner waren die Vorläufer der AfD – mit einer extrem ausländerfeindlichen Kampagne und der Titelmelodie des Westerns „Spiel mir das Lied vom Tod“ im Wahlspot acht Prozent der Wählerstimmen errungen hatte, wurde das Wort „Asylmissbrauch“ zum beliebtesten Wort deutscher Politiker.

Die Angst vor der „Überfremdung“, die Angst vor den

„Flüchtlingsmassen“ wurde von da an politisch so gefördert, wie früher in der alten Bundesrepublik die Angst vor dem Kommunismus gefördert worden war. Ausländer wurden zum Angstgegenstand. Die Politik glaubte, diese Affekte steuern zu können, indem sie das Asylgrundrecht zum Symbol für die angebliche Überfremdung machte – und die öffentliche Zerschlagung dieses Symbols ankündigte.

Die Tage von Rostock-Lichtenhagen und die Reaktionen der Politik darauf sind lange her - sie könnten, sollten, müssten eine Lehre sein: Die Politik tat damals so, als könne man mit einer aggressiven Rhetorik gegen Flüchtlinge und mit einem zerknüllten Grundgesetzartikel den Rechtsextremisten den Mund stopfen. Es war dies wohl einer der folgenschwersten Irrtümer der politischen Geschichte der Bundesrepublik. Es gibt eine braune Linie, die von Rostock-Lichtenhagen zu den Pegidisten von heute führt.

Nach dem Neonazi-Aufmarsch von Charlottesville in den USA im Jahr 2018 haben viele Politikerinnen und Politiker hierzulande sehr gut gewusst, was der US-Präsident dazu richtigerweise hätte sagen, wie er den Rassismus hätte verurteilen müssen. Vor bald 27 Jahren war unser Charlottesville in Mecklenburg-Vorpommern. Damals haben nur sehr wenige deutsche Politiker den Rassismus gegeißelt.

Damals hat die Politik hierzulande dem Druck der Straße, den sie selbst miterzeugt hatte, nachgegeben: Die Offensive gegen das Asylrecht wurde als Offensive gegen ausländerfeindliche Gewalt ausgegeben. Das war quasi Trump'sche Politik. Und viele politische Erklärungen von damals waren von den Trump-Interviews von heute nicht so weit weg: die Täter wurden zu Opfern erklärt, die Opfer zu Tätern.

Wir wussten damals noch nicht, was wir heute wissen: In der Zeit des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen begannen braune Kameradschaften, sich zu radikalisieren. In dieser Zeit wurden die Mörder vom NSU erwachsen. In dieser Zeit begann das „Klima der Angst“, das Rechtsextremisten in Teilen Ostdeutschlands geschaffen haben – ein Lagebericht des Bundeskriminalamts nennt das so. Die Aufdeckung der zehn Neonazi-Morde durch den Nationalsozialistischen Untergrund NSU ist nun sechs Jahre her.

Erstaunlich schnell sind Politik und Sicherheitsbehörden wieder zum Alltag übergegangen. Das Entsetzen über die Verbrechen der NSU hat sich rasch gelegt. Die Aufregung ist bald abgeflaut, der Ruf nach Konsequenzen verstummt. Der Bundesinnenminister hat ein paar Spitzenbeamte ausgewechselt, das war es dann. Eine Zeitlang hörte

man noch makabre Nachrichten aus den Untersuchungsausschüssen über das unsägliche Versagen der Sicherheitsbehörden; deren Vertreter redeten das dann schön.

Seit der Aufdeckung der Neonazi-Morde und seit den Erkenntnissen über das braune verbrecherische Netzwerk – seitdem ist klar, dass ein berühmter Satz von Bertolt Brecht nicht nur Bedeutung hat für den Deutschunterricht an Gymnasien. Seit fünfzig Jahren kennen die Deutschen diesen Satz: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Er steht im Epilog des Theaterstücks „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, das die Hitlerei und den Nazismus in die Welt des Gangstertums transferiert. Es ist dies, so hat sich grausam gezeigt, ein Satz von kriminalistischer Wahrheit.

Ralph Giordano, der 2014 verstorbene jüdische Publizist, hat nach der Aufdeckung der NSU-Morde auf der Jahrestagung des Bundeskriminalamts festgestellt, die Bundesrepublik sei „aus allen Wolken ihrer Ahnungslosigkeit gefallen“. Und er fügte fragend hinzu, was gewesen wäre, wenn die von den Neonazis Ermordeten nicht kleine Leute mit Migrationshintergrund gewesen wären, sondern stattdessen hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kirche oder Wissenschaft wie damals, in den Mordzeiten der RAF?

Die Frage beantwortet sich von selbst.

Der alltägliche gewalttätige Rassismus in Deutschland ist nach der Aufdeckung der NSU-Morde kein großes Thema geworden. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich Neonazis entgegenstellten, erhielten nach wie vor wenig Hilfe. Wenn Neonazis couragierten Leuten zur Einschüchterung das Auto demolierten, wurde das von der Polizei wie eine ganz normale Sachbeschädigung behandelt. Die Morde der NSU haben keine neue Sensibilität der Behörden ausgelöst. Es gab keine Anweisungen, gegen braune Gewalt mit aller Energie vorzugehen. Es gab keine neuen Prioritäten in der Politik der inneren Sicherheit. Es gab keine Indizien für neue Verve, neue Tatkraft, neue Courage im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Man tat und man tut so, als seien die NSU-Morde das eine – und die alltäglichen Gewalttätigkeiten gegen Ausländer etwas ganz anderes.

Diejenigen Politikerinnen und Politiker, diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die Neonazis engagiert entgentreten, erlebten merkwürdige Dinge. Gegen Abgeordnete, die an Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch teilgenommen hatten, ermittelte die Staatsanwaltschaft in Dresden wegen „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung. Und das Parlament in Sachsen hob bei

den demonstrierenden Anti-Nazi-Abgeordneten die Immunität auf. Sind das die Zeichen, die wir brauchen? Selbst Wolfgang Thierse musste, er war damals Bundestagsvizepräsident, seltsame Erfahrungen machen: Als er sich an einer Sitzblockade gegen Neonazis beteiligte, wurde ihm vorgeworfen, er habe die „Würde des Amtes verletzt“. Ich finde: Die Würde des Amtes verletzt der Amtsinhaber, der nichts gegen grassierenden Rechtsextremismus tut.

Es ist heute, seit der parlamentarischen Präsenz der AfD noch mehr als früher so: Wer Zivilcourage zeigt, muss mit Unbill von Rechtsaußen rechnen. Das ist eine Erfahrung, die viele couragierte Bürgerinnen und Bürger, die auch engagierte Journalistinnen und Journalisten machen. Es ist eine Erfahrung, die der AfD-kritischen Zivilgesellschaft vertraut ist: Es gibt Einschüchterungsversuche, es gibt Verleumdungskampagnen, beflügelt von den Lügenpresse-Kampagnen der AfD. Und es gibt auch in der demokratischen Politik Stimmen, die die AfD-Kritik öffentlich hinterfragen: Es handle sich bei der AfD ja schließlich um eine vielgewählte Partei, so heißt es immer öfter; da müsse man sich doch vorsichtiger äußern, da müsse man sich mit der Kritik zurückhalten. Mit solchen Äußerungen beginnt die Selbstvergiftung.

Demokratie ist nämlich mehr, viel mehr als eine Abstimmungsprozedur. Es wäre ein seltsames Verständnis von Demokratie, in ihr nur ein statistisches Ritual zu sehen, das alle paar Jahre mit Hilfe einer Kiste vollzogen wird, die seltsamerweise Urne heißt. Demokratie ist mehr als Statistik, mehr als eine Abzählerei; Demokratie ist eine Wertegemeinschaft. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Mitglieder achtet und schützt, die nicht ausgrenzt, die nicht ausschließt nach den Kategorien von Herkunft, Hautfarbe, Stand, Klasse, Kultur und Volk.

Eine Demokratie, die mehr sein will als ein Abzählreim, eine Demokratie, die mehr sein will als eine statistische Einheit – eine solche Demokratie braucht also stützende Institutionen und Hintergrundvoraussetzungen, welche die Haltungen, die sich in den Grundrechten kristallisieren, festigen. Das ist die Zivilgesellschaft, das sind die vielen Gruppen und Initiativen, die gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit arbeiten. Das sind die Journalisten, die darüber berichten.

An dieser Stelle muss ich Ihnen sagen: Ich war ein Verfechter des Verbots der NPD – das Bundesverfassungsgericht war anderer Meinung; im Januar 2017 hat es auf dreihundert Seiten den Verbotsantrag abgelehnt. Die NPD gilt den Richtern zwar als

verfassungsfeindlich; ausdrücklich wurde die Wesensverwandtschaft mit der NSDAP festgestellt. Aber die NPD war den Richtern nicht groß, nicht einflussreich, also nicht gefährlich genug, um sie zu verbieten; die NPD habe nicht genügend Wirkkraft.

Würde die NPD bei Wahlen die Prozente erreichen, die derzeit die AfD erreicht – die Richter hätten sie wohl verboten. Für die Richter ist also ein Verbot aufgrund Verfassungswidrigkeit eine Frage der Zahl: Es zählen Wahlergebnisse, es zählt nicht der Wille der Partei, Grundordnung und Grundwerte zu beseitigen; es zählt nur, ob sie auch die realistische Möglichkeit hat, dieses Ziel zu erreichen. Ich halte eine solche Zählung für falsch: Eine Demokratie, die sich erst wehrt, wenn es hochgefährlich wird, ist keine wehrhafte, sondern eine naive Demokratie. Mit der Parteiendemokratie verhält es sich wie mit einem Pilzgericht: Ein giftiger Pilz kann das ganze Essen verderben.

Gewiss: Die staatlichen Institutionen in Deutschland sind gefestigt und stark genug, um eine verfassungsfeindliche Partei auszuhalten. Aber die Menschen, gegen die Neonazis hetzen, sind es nicht; sie sind verletzlich als der Staat. Ein Verbot der NPD wäre also vorbeugender Opferschutz gewesen. Natürlich schaltet ein Verbot den Rechtsextremismus nicht aus. Dieser verschwindet nicht, wenn

eine Partei, die ihn propagiert, verboten wird. Der Rechtsextremismus bleibt da, er löst sich nicht mit der Partei auf. Wer aber mit dieser Begründung auf ein Parteiverbot verzichtet, der könnte ja auch auf Strafgerichte verzichten: Auch Kriminalität löst sich mit den Urteilen, die Kriminelle bestrafen, nicht auf. Gleichwohl sind Strafurteile ein Beitrag gegen die Verrohung und für die Zivilität einer Gesellschaft.

Die NPD hätte verboten werden können und müssen – nicht, obwohl sie derzeit klein und bei Wahlen unbedeutend ist, sondern gerade deswegen. Niemand hätte beim Verbot behaupten können, dass da eine Art Konkurrentenschutz für die anderen Parteien betrieben wird. An einer kleinen, zerstrittenen, aber böartigen Partei hätte gezeigt werden können, dass es eine Linie gibt, die eine Partei, ob klein oder groß, nicht überschreiten kann, ohne das Parteienprivileg zu verlieren. Es hätte gezeigt werden können, dass eine Partei, ob klein oder groß, nicht unter dem Schutz dieses Privilegs aggressiv kämpferisch gegen das Grundgesetz und seine Grundwerte auftreten darf.

Karlsruhe hätte am Beispiel der kleinen NPD sagen können: Da wird eine Linie weit überschritten. Das wäre nicht etwa lächerlich gewesen, sondern gerade in Zeiten des aggressiven Rechtspopulismus notwendig und vorbildlich. Es wäre ein Signal

gewesen gegen diesen aggressiven Rechtspopulismus, gegen den populistischen Extremismus. Dessen Gehässigkeiten sind ja zum Teil identisch mit denen, die in der NPD propagiert werden. Ein Parteiverbot wäre ein Akt der Prävention gewesen. Vielleicht auch eine Offensive gegen die Verrohung der politischen Auseinandersetzung, wie sich bei den Pegida-Demonstrationen zeigte und zeigt. Die Sprüche wurden immer gemeiner, die Parolen aggressiver, die Hetze gegen Flüchtlinge wurde manifest. Ein Galgen wurde mitgetragen, bestimmt für die Kanzlerin Angela Merkel und den damaligen Vizekanzler Sigmar Gabriel. Das war, das ist die Sprache der Gosse, das ist die Primitivierung des Abendlandes.

Die Besucherinnen und Besucher sahen bisweilen von der Dresdner Semperoper aus peinlich berührt zu, wie bei Pegida-Umzügen vor den Fenstern gepöbelt wurde. Drinnen, auf der Bühne, sang die Königin der Nacht, draußen forderten die Sprechchöre „Abschiebung“. Auf dem Bühnenvorhang standen die Wörter „Vernunft“ und „Weisheit“, draußen brach sich die Unvernunft Bahn. Auch die Polizei hat bei all dem zugeschaut, sie hat sich auch an dem Galgen nicht gestört – jedenfalls nicht so, dass sie eingegriffen hätte.

Meinungsfreiheit? Nein, Schmähungen gehören nicht zur

Meinungsfreiheit. Ja, das Wort „Volksverräter“ ist ein hetzendes und strafbares Wort. Nein, es stimmt nicht, dass gegen die Verrohung kein Kraut gewachsen ist. Ja, die Polizei kann die Personalien der Pöbler feststellen. Ja, die Staatsanwaltschaft kann Verfahren gegen sie einleiten. Die einschlägigen Paragraphen heißen: Beleidigung, üble Nachrede, Verunglimpfung des Staats, Volksverhetzung. Es ist ungut, wenn die Polizei unterstellt, dass ja „eh nichts herauskommt“. Auch deshalb ist es zur Veralltäglichen der Unverschämtheiten gekommen, auch deshalb ist das Internet partiell eine braune Kloake geworden. Wenn Volksverhetzung Volkssport wird, darf der Staat nicht einfach zuschauen.

Das Wort „Populismus“ ist eine niedliche, unzulässig verallgemeinernde Bezeichnung für eine gefährliche Sache – für eine extreme Politik, die auf Grund- und Menschenrechte, die auf die Achtung von Minderheiten pfeift. Le Pen, Salvini und ihre deutschen Pendants sind extremistische Nationalisten. Sie hetzen, sie schüren Hass, sie tun so, als seien nur ihre Anhänger das wahre Volk.

Diese Extremisten spalten die Gesellschaft. Sie sagen, sie nähmen die Ängste der Menschen ernst, aber sie tun es nicht wirklich. Sie machen vielmehr die Ängste ernsthaft gefährlich. Sie beginnen ihr Erniedrigungswerk mit der Abwertung und Verhöhnung aller

bisherigen Politik, nennen es verächtlich „das System“. Dieses System aber ist unser Rechtsstaat, unsere Demokratie. Natürlich: Die rechtsstaatliche Demokratie hat Fehler, sie macht Fehler – aber der Nationalismus ist ein einziger großer Fehler.

Nicht der Populismus macht die Gesellschaft kaputt, sondern der populistische Extremismus. Der Populismus ist nur eine Art und Weise, für Politik zu werben. Jeder gute Politiker muss auch Populist sein, weil er seine Ideen, seine Politik so darlegen, vortragen und vertreten muss, dass sie verstanden werden und begeistern können.

Ein demokratischer Populist ist einer, der an Kopf und Herz appelliert; ein demokratischer Populist ist einer, der die Emotionen nicht den extremistischen Populisten überlässt. Ein demokratischer Populist verteidigt die Grundrechte und den Rechtsstaat gegen dessen Verächter. Populistische Extremisten dagegen appellieren nicht an Herz und Verstand, sondern an niedrige Instinkte. Das ist der Unterschied. In dem, was Rechtspopulismus genannt wird, verbirgt sich Extremismus –ein rassistischer Nationalismus, Xenophobie und Verfassungsverachtung.

Wer, wie dies die Extremisten tun, die Feinderklärung in die Demokratie trägt, wer dem Volk das „Anti-Volk“ als Feind gegenüberstellt, wer behauptet, das Monopol der authentischen

Repräsentation zu haben, wer für sich allein die Führerschaft beansprucht und sich anmaßt, die alleinige Stimme des Volkes zu sein, wer ein moralisches Monopol für sich behauptet und damit Grundrechte und Grundwerte aushebeln will – der ist ein Feind der Demokratie. Man soll, man darf ihn nicht zum Populisten verharmlosen.

Der populistische Extremismus und der neue aggressive Nationalismus sind keine Naturgewalten, sie sind nicht zwangsläufig, sie kommen nicht einfach unausweichlich auf uns zu. Es gibt keine Zukunft, von der man sagen könnte, dass es sie einfach gibt, dass sie einfach über uns kommt. Zukunft ist nichts Feststehendes, nichts Festgefügtes, Zukunft kommt nicht einfach - es gibt nur eine Zukunft, die sich jeden Augenblick formt: je nach dem, welchen Weg ein Mensch, welchen eine Gesellschaft wählt, welche Entscheidungen die Menschen treffen, welche Richtung die Gesellschaft einschlägt. Die Frage ist nicht, welche Zukunft man hat oder erduldet, die Frage ist, welche Zukunft man haben will und wie man darauf hinlebt und hinarbeitet. Die Frage ist nicht, was auf die Gesellschaft zukommt, sondern wohin sie gehen will.

Dies ist der Appell an jeden Einzelnen, sich für eine andere Zukunft als die mit den populistischen Extremisten zu entscheiden, für eine,

in der die Menschenrechte Recht bleiben, für eine Zukunft in sozialer Sicherheit, für eine Zukunft in friedlicher europäischer Nachbarschaft. Dies ist ein Appell, gegen die neue Veralltäglicung von Rassismus und Antisemitismus anzutreten. Die Preisträger, die wir heute hier auszeichnen, haben das getan. Die ausgezeichneten Arbeiten, die wir heute Abend feiern, sind **Geburtstagsgeschenke an das Grundgesetz** und an dessen grandiosen ersten Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Ein paar Sätze zum 70jährigen Grundgesetzjubiläum. Dieses Grundgesetz ist kein Wunderwerk. Es ist nicht siebzigmal besser, als es die beiden anderen guten demokratischen Verfassungen waren. Es ist nicht unfassbar gut, sondern hat unfassbar viel Glück gehabt. Das erste Glück waren die besseren Zeitläufte, also die wirtschaftliche Prosperität der Bundesrepublik. Das zweite Glück war das Bundesverfassungsgericht, das dem Grundgesetz Farbe und Leben gegeben hat. Das dritte Glück war die demokratische Lust der Bürgerinnen und Bürger und - die Wiedervereinigung, die dieses Grundgesetz geadelt und noch einmal erhoben hat. Aber so ein Glück hält nicht von allein, es hält nicht ewig. Dieses Glück braucht Leute, die sich was trauen, die dieses Glück erneuern, immer und

immer wieder: Wir nennen diese Leute, etwas sperrig,
„Zivilgesellschaft“.

Es gibt eine Behörde namens „Verfassungsschutz“. Sie soll den Staat gegen Extremisten verteidigen. Noch wichtiger als die Behörde Verfassungsschutz ist der informelle Verfassungsschutz, also die Zivilgesellschaft – sie ist wirksamste Verteidigerin der Grundrechte, sie ist der wirksamste Verfassungsschutz. Genau deswegen greifen die Kräfte von Rechtsrechtsaußen die Organisationen der Zivilgesellschaft an, sie wollen sie einschüchtern und kleinkriegen. Zumal die Stiftungen, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit arbeiten, werden attackiert – sie nämlich sind Herz und Seele der Zivilgesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Unser Grundgesetz liest sich nicht wie ein Poesiealbum, da wird nicht herumgesülzt. Es ist so karg wie die Zeit, in der es formuliert wurde. Damals war niemandem nach Feiern und großen Worten zumute. Und in dem Satz mit dem es, kurz wie eine SMS, beginnt, steckt noch das Entsetzen über die Nazi-Barbarei: “Die Würde des Menschen ist unantastbar.”

Das Grundgesetz ist nicht bombastisch, es trumpft nicht auf, es ist

- Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt und nur für internen Gebrauch freigegeben -

leise; trotzdem hat es eine Kraft entwickelt, die ihm einst kein Mensch zugetraut hat. Ohne dieses Grundgesetz wäre das wiedervereinigte Land nicht, was es geworden ist: eine leidlich lebendige Demokratie, ein passabel funktionierender Rechtsstaat, ein sich mühender Sozialstaat.

Wer heute sagt, die Welt sei so gefährlich, der Terrorismus sei so bedrohlich, die globalen Probleme seien so gewaltig geworden, man müsse deshalb die Freiheiten des Grundgesetzes einschränken, man dürfe nicht jedes Gesetz am Maßstab der Menschenwürde messen – wer so etwas sagt, der muss sich vergegenwärtigen, in welcher Zeit, in welcher Drangsal und angesichts welcher großen Gefahren das Grundgesetz entstanden ist. Die Grundrechte sind nicht zuletzt deswegen so eindrucksvoll, weil sie auf zitterndem Boden geschrieben wurden und trotzdem so gar nichts Zitteriges, gar nichts Zaghafte haben.

Das Grundgesetz ist 70 Jahre alt. Menschen in diesem Alter sind in Pension. Vom Grundgesetz wünsche ich mir das nicht. Ich wünsche dem Grundgesetz nicht, dass es sich aus dem Arbeitsleben zurückzieht. Ich wünsche den Grundrechten nicht, dass sie kürzer treten. Ich wünsche ihnen nicht, dass es ihnen so ergeht, wie es dem

Asylgrundrecht ergangen ist. Ich wünsche unserer Verfassung nicht den Ruhestand, sondern neue Kraft und Stärke. Ich wünsche mir Grundrechte, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können; dazu Staatsgewalten, Gerichte, Parlamente und eine couragierte Gesellschaft, die diese Grundrechte verteidigen – gegen Entsolidarisierung, Ökonomisierungsexzesse und Datensammelwahnsinn; gegen Rassisten, Nationalisten und Ausländerhasser.

Ich wünsche mir, dass die Politik dieses 70 Jahre alte Grundgesetz ernst nimmt. Ich wünsche mir, dass das Grundgesetz das Gesetz bleibt, das Grundlage ist für alles, was dieser Staat tut. In meiner verfassungspatriotischen Begeisterung übertreibe ich vielleicht ein wenig. Das alles wünsche nicht ich mir. Das alles wünsche ich uns und dem Grundgesetz zum Jubiläum. Ich wünsche unserem Land eine Zivilgesellschaft, die die Grundrechte hütet, verteidigt und belebt. Und ich wünsche mir einen Journalismus, der weiß, warum es das Grundrecht der Pressefreiheit gibt.

„Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“, hat Hannah Arendt einst voller ironischem Pessimismus gesagt. Das gilt auch heute noch, das gilt auch heute wieder. Vor dem Antisemitismus und dem Rassismus ist man nur noch auf dem Mond sicher. Das darf nicht sein. Wenn es so ist, wenn wir den Mond

- Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt und nur für internen Gebrauch freigegeben -

brauchen um sicher zu sein – dann brauchen wir die Versuche, den Mond auf die Erde zu holen. Auch dafür ist ein kritischer Journalismus da: die Zivilgesellschaft bei diesem Unterfangen zu unterstützen.

Zu den Aufgaben der Medien, der Presse, dem Gehalt, dem Inhalt und der Wirkkraft der Pressefreiheit: Der verstorbene Fernsehjournalist und Moderator Hanns-Joachim Friedrichs hat einen Satz gesagt, der gern und oft zitiert, aber meines Erachtens nach auch oft falsch verstanden wird: „Einen guten Journalisten erkennt man daran,“, so hat Friedrichs gesagt, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazugehört.“ Dieser Satz zielt die Anzeigen, mit denen ein Journalistenpreis ausgeschrieben wird. Er ist richtig, wenn er so verstanden wird, dass sich ein Journalist nicht zum Lobbyisten von Parteien und Interessengruppen machen darf. Er ist falsch, wenn er so verstanden würde, dass einem Journalisten nichts und niemand angelegen sein soll. **Wenn einem Journalisten nichts etwas bedeutet, bedeutet der Journalismus nichts. Die Sache des Journalismus ist die Demokratie, die Sache des Journalisten sind die Grundrechte und Grundwerte der Verfassung – dafür gibt es nämlich die Pressefreiheit.**

Wir leben in einer Zeit der negativen Renaissance, einer Zeit der Wiedergeburt von alten Wahnideen und Idiotien. Man liest nachdenklich den Satz, den Franz Grillparzer 1849 geschrieben hat: „Von der Humanität durch Nationalität zur Bestialität“. Und man ahnt und weiß, dass die Humanität wieder bedroht ist, massiv wie schon Jahrzehnte nicht mehr. Sie ist bedroht von gemeiner Rede und gemeiner Tat, von der Lust an politischer Grobheit, Flegelei und Unverschämtheit, von der Verhöhnung von Anstand und Diplomatie, sie ist bedroht von einer oft sehr rabiaten Missachtung des Respekts und der Achtung, die jedem Menschen zustehen, dem einheimischen Arbeitslosen, dem Flüchtling wie dem politischen Gegner.

Soll das so bleiben? Soll es so bleiben, dass Zivilität und Aufklärung nur bedingt abwehrbereit sind? Soll es so bleiben, dass Zivilität und Aufklärung sich überwinden lassen von ihren Verächtern? Diese Verächter führen derzeit das große Wort, das im Internet, via Facebook und Twitter, noch viel größer gemacht wird, als es ist; und der 45. Präsident der Vereinigten Staaten geriert sich als ihr Wortführer.

Soll das so bleiben? Soll es so sein und bleiben, dass die Aufklärung in die Defensive gerät? Dann kann man auf Zeitungen, dann kann man auf guten, auf kritischen Journalismus verzichten. Wenn der

Glaube an die Stärke des Rechts wieder dem Glauben an das Recht des Stärkeren Platz machen soll, dann braucht man keinen kritischen Journalismus. Wenn es egal ist, ob die universalen Menschenrechte an Kraft verlieren, dann kann man auf den Qualitätsjournalismus verzichten. **Wenn der populistische Extremismus freie Bahn haben soll – dann sind Zeitungen störende Hindernisse.**

Viele Beschreibungen des sogenannten Rechtspopulismus als einer global-eruptiven Erscheinung ähneln der Schilderung eines Vulkanausbruchs. Die Städte Pompeji und Herculaneum, am Golf von Neapel gelegen, sind 79 nach Christus beim Ausbruch des Vesuvs untergegangen. Bisweilen wird so getan, als ereigne sich nun so etwas im Weltmaßstab. Man tut so, als sei mit dem sogenannten Rechtspopulismus ein Vesuv, als seien weltweit viele Vesuve zugleich ausgebrochen, als gieße sich nun Aggression wie Lava in die Gesellschaft und als regne es nun Hass wie glühende Asche. Das sind phlegmatische Beschreibungen, weil man damit so tut, als könne man dagegen eigentlich nichts machen außer sich in Haus und Wohnung zu flüchten und die Tür hinter sich zu verriegeln. Das ist, das wäre politischer Fatalismus. **Nicht vor dem sogenannten Populismus muss man sich fürchten, sondern vor solchem Phlegma. Wenn Zeitungen gut sind, wenn Journalisten gut sind, dann überwinden sie dieses Phlegma.**

- Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt und nur für internen Gebrauch freigegeben -

Demokratie ist eine Gesellschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet – auf der Basis der Grundrechte. Und die Pressefreiheit gibt es genau aus diesem Grund: Weil die Presse, weil die Medien eine demokratische Aufgabe haben. Pressefreiheit ist nicht die Freiheit zur bequemeren Berufsausübung.

Aufdeckung ist nicht Selbstzweck, Aufdeckung darf nicht Kikeriki-Journalismus sein; Pressefreiheit ist nicht die Freiheit zur journalistischen Selbstbefriedigung, Pressefreiheit ist nicht dafür da, den Journalisten lust- und machtvollen Gefühle plus Journalistenpreise zu verschaffen; der Fall Relotius gehört hierher; da hat ein junger Kollege mit Fake-Reportagen, mit frisierten, geschäumten und erlogenen Geschichten sich Preise erschrieben; dem ehrlichen Journalismus und dem Vertrauen in den Journalismus wurde damit ein Schlag versetzt. Pressefreiheit ist auch nicht die Freiheit zur Selbstermächtigung und Selbstbefriedigung, wie sie sich etwa seinerzeit am Bundespräsidenten Christian Wulff ausgetobt hat. **Die Pressefreiheit ist für die Demokratie da** – und Demokratie ist etwas anderes als eine Meute, die Beute will.

Ein guter Journalist betreibt die Aufgabe der Enthüllung nicht zynisch und nur aus Freude am Öffentlich-Machen des Verborgenen, sondern mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundhaltung; er betreibt sie nicht mit Kälte und Rigorosität, nicht mit Leidenschaftslosigkeit, sondern **mit Zuverlässigkeit, Überzeugungstreue, Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit. Pressefreiheit braucht Journalisten, die neugierig, unbequem, urteilskräftig und integer sind. Ein solcher Journalismus wird das böse und falsche Wort von der Lügenpresse abschütteln. Für einen solchen Journalismus stehen unsere Preisträger. Deshalb zeichnen wir sie aus.**

Alle klagen über Trump. Aber einen gewissen Dank hat er sich verdient: Er hat den bequemen Glauben daran zerstört, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Kernstaaten der sogenannten freien Welt sich, und sei es auch langsam, quasi automatisch weiterentwickeln. Wir lernen: nichts, gar nichts geht von selbst. Aufklärung ist nicht einmal vom Himmel gefallen und dann für immer da; in den USA nicht, in Italien nicht, in Frankreich nicht, in Österreich nicht, in Sachsen-Anhalt auch nicht. Das Sichergeglaubte ist nicht sicher, weil Aufklärung nicht ein

einmaliges Ereignis darstellt. Aufklärung ist immer, sie ist immer notwendig. Und der journalistische Beruf – er ist genau dafür, für diese Aufklärung, da. Unsere Preisträger waren und sind sich dessen bewusst.

Wir alle kennen die Sätze, die begründen sollen, warum man selber nichts tun kann gegen all das, worüber man klagt. Dazu gehört der Satz: „Alleine kann man ja doch nichts bewirken“. Oder auch: „Mein Gott, was soll man machen“, die Welt sei halt schlecht, „das war schon immer so, und das wird auch so bleiben.“ Es sind dies Sätze der Gleichgültigkeit, Sätze der Apathie, der Resignation, manchmal auch der Feigheit. In uns allen stecken solche Sätze: „Was soll man machen? Da kann man gar nichts machen.“ Und: „Nach uns die Sintflut“. Eine Demokratie kann man mit solchen Sätzen nicht bauen. Einen guten Rechtsstaat auch nicht. Und die Menschenrechte bleiben, wenn man solchen Sätzen nachgibt, papierene Rechte.

Es stimmt nicht, dass die Übernahme von Verantwortung eine aussichtslose Sache ist. **„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – das ist der immer wieder zitierte Satz von Erich Kästner. Der Satz gilt auch für guten Journalismus.**

Der römische Dichter Ovid hat einmal gesagt: „Glücklich ist, wer das, was er liebt, auch wagt, mit Mut zu beschützen.“ Wir lieben die Grundrechte, wir lieben das respektvolle Zusammenleben der Menschen aller Religionen und Kulturen, wir lieben Europa, wir lieben die Freiheitsrechte, die Heimat und das gute Miteinander der Kulturen. „Glücklich ist, wer das, was er liebt, auch wagt, mit Mut zu beschützen.“ Gönnen wir uns dieses Glück!

Prof. Dr. jur. Dr. theol. h.c. Heribert Prantl war 25 Jahre lang Leiter der Redaktion Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, sodann Chef des neuen Ressorts Meinung. Bis 1. März 2019 war er zugleich fast ein Jahrzehnt Mitglied der Chefredaktion der SZ. Seitdem wirkt er als Kolumnist und Autor der SZ.